

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Gerhard Jüttemann,
Dr. Christa Luft, Dr. Dietmar Bartsch und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3677 –**

Fertigung des Airbus A 3xx struktur- und umweltpolitisch sinnvoll organisieren

A. Problem

Förderung der Entwicklung des Airbus A 3xx mit Mitteln des Bundes nur für den Fall, dass mindestens 50 % der in Zusammenhang mit der Projektentscheidung A 3xx dem deutschen Airbus-Partner zufließenden zusätzlichen Wertschöpfung in den neuen Bundesländern realisiert wird und dass am Airbus-Standort Hamburg bei eventuellen Erweiterungsmaßnahmen nicht das Landschaftsschutzgebiet „Mühlenberger Loch“ in Anspruch genommen wird.

Schaffung der finanziellen Voraussetzungen zur Förderung von im Zusammenhang mit der ostdeutschen A 3xx-Wertschöpfung erforderlichen Investitionen in der mittelfristigen Finanzplanung und in den Bundeshaushalten 2001 bis 2004 in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/3677 – abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2000

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Gudrun Kopp
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gudrun Kopp

I.

Der Antrag der Fraktion der PDS wurde in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestags am 28. September 2000 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 8. November 2000 beraten und mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner Sitzung am 8. November 2000 beraten und mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. gefasst.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. Oktober 2000 beraten und mehrheitlich die Ablehnung empfohlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

III.

Im Antrag der Fraktion der PDS wird festgestellt, eine Erweiterung der Airbus-Fertigungskapazitäten in Deutschland wäre ökonomisch, ökologisch sowie sozial widersinnig, falls diese Erweiterung auf Hamburg konzentriert würde. Eine derartige Konzentration widerspräche im Übrigen dem verfassungsrechtlichen Gebot wie auch den öffentlichen Willensbekundungen der amtierenden Bundesregierung, zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands im Rahmen ihrer Möglichkeiten beizutragen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Entwicklung des Airbus A 3xx mit Mitteln des Bundes nur dann zu fördern, wenn mindestens 50 % der im Zusammenhang mit der Projektentscheidung dem deutschen Airbus-Partner zufließenden zusätzlichen Wertschöpfung in den neuen Bundesländern realisiert wird. Außerdem soll bei eventuellen Erweiterungsmaßnahmen am Airbus-Standort Hamburg nicht das Landschaftsschutzgebiet „Mühlenberger Loch“ in Anspruch genommen werden. Ferner wird gefor-

dert, in der mittelfristigen Finanzplanung und den Bundeshaushalten 2001 bis 2004 in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die finanziellen Voraussetzungen zur Förderung von im Zusammenhang mit der ostdeutschen A 3xx-Wertschöpfung erforderlichen Investitionen zu schaffen.

Seitens der Fraktion der SPD wurde im Zuge der Ausschussberatungen ausgeführt, das Anliegen der Fraktion der PDS sei im Grunde positiv zu werten. Den geäußerten Bedenken sei jedoch bereits über die Bundestagsdrucksache 14/395 voll Rechnung getragen worden. Der Antrag auf dieser Bundestagsdrucksache habe sich auf die Förderung der Luftfahrt bezogen. Alle diejenigen Sorgen, die man nunmehr noch einmal aufgezählt habe, seien bereits zum damaligen Zeitpunkt berücksichtigt worden. Außerdem sei darauf hinzuweisen, dass EADS große Anstrengungen dahingehend unternehme, um die Beteiligung mittelständischer Unternehmen wie auch von Unternehmen aus Ostdeutschland sicherzustellen. Seitens der Fraktion der SPD werde der vorliegende Antrag daher als überholt angesehen, weswegen sie ihn ablehnen werde. Von Seiten der Vertreter der Fraktion der CDU/CSU wurde ausgeführt, es stehe außer Zweifel, dass die Region Mecklenburg-Vorpommern große Vorteile daraus gezogen hätte, wenn das Projekt dort angesiedelt worden wäre. Die Entscheidung sei jedoch auch und insbesondere in einem internationalen Zusammenhang zu treffen gewesen. Man habe sich mit Hamburg für einen Standort entschieden, der aus europäischer Perspektive optimal sei. Es handele sich um einen norddeutschen Standort, der auf den gesamten Technologiemarkt im norddeutschen Raum ausstrahle. Wenn man diesen Antrag ablehne, sehe man gleichwohl, dass diese europäisch getroffene Standortentscheidung für den norddeutschen Raum von großem Vorteil sei.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS – Bundestagsdrucksache 14/3677 – in seiner 40. Sitzung am 8. November 2000 abschließend beraten.

Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

Berlin, den 8. November 2000

Gudrun Kopp
Berichterstatlerin

